

Morgenpost Ostdeutsche

Herausgeber: Verlagsanstalt Kirsch & Müller, Sp. z ogr. odp., Katowice, ul. Marjačka 1, Tel. 433; P. K. O. Katowice, Verlagsanstalt Kirsch & Müller, Sp. z ogr. odp., Konto 301 989.

Erste oberschlesische Morgenzeitung
Erscheint täglich, auch Montags (siebenmal in der Woche),
Bezugspreis: 5 Zloty.

Anzeigenpreise: 10 gespaltene Millimeterzeile im polnischen Industriegebiet 20 Gr., auswärts 30 Gr., Anstiche und Hellmitte-Anzeigen sowie Darlehns-Angebote von Nichtbanken 40 Gr. 4 gespaltene Millimeterzeile im Rest ameteil 1,20 Zl. bzw. 1,60 Zl. Gewährter Rabatt kommt bei gerichtlicher Streitreibung, Akkord oder Konkurs in Fortfall. — Anzeigenschluß: abends 6 Uhr

Für das Erscheinen von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, die nach Möglichkeit innegehalten werden, sowie für die Richtigkeit telefonisch aufgegebenen Inserate wird keine Gewähr übernommen und kann die Bruchung aus diesen Gründen nicht verweigert werden.

Die Neujahrsgäste bei Hindenburg

Deutschland wird um sein Lebensrecht ringen

Betont ernste Mahnungen an das eigene Volk und an das Ausland

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 2. Januar. Die heutige traditionelle Neujahrskundgebung im Reichspräsidentenhaus ging noch mehr als in irgend einem früheren Jahre über den Rahmen des Austausches von Höflichkeiten hinaus. Angesichts der besonderen schwierigen Lage und der drängenden Aufgaben auf allen Gebieten sind Reichsregierung und Reichspräsident auf die Bedürfnisse und Möglichkeiten der deutschen und der internationalen Politik in Worten eingegangen, die in Berliner politischen Kreisen großen Eindruck gemacht haben und allgemein starken Widerhall finden werden.

So viel Gewicht naturgemäß auf die besonderen Sorgen des deutschen Volkes gelegt wird, kommt in den Reden doch das entschlossene Festhalten in der Politik der Zusammenfassung aller positiven Kräfte zum Ausgleich der starken Interessengegenätze der Völker und des Fortschrittes der Menschheit zum Ausdruck. Im Rahmen dieser Politik muß aber, wie Reichsregierung und Reichspräsident übereinstimmend betonten, dafür gesorgt werden, daß die sittlichen und sozialen Lebensgrundlagen des deutschen Volkes nicht erschüttert werden. Diese Pflicht und die im vergangenen Jahre eingetretene Wandlung der Weltwirtschaftslage begründen die Notwendigkeit der

Revision des Youngplanes

näher zu treten. An das Ausland richtet sich auch der Ausdruck der Befriedigung über die endliche

bewirkte Räumung der Rheinlande als Fortschritt auf dem Wege zum wahren Frieden, und ebenso die gleichfalls im Interesse der wahren Befriedigung erhobene Forderung nach Durchführung des Grundsatzes der Gleichberechtigung und der gleichen Sicherheit aller Völker. Unter deutlicher Anspielung auf die gerade in dieser Hinsicht so unbefriedigenden Ergebnisse der verschiedenen Genfer Konferenzen sprach der Reichspräsident vor dem Diplomatischen Korps die Erwartung aus, daß die internationale Zusammenarbeit sich im kommenden Jahre als wirksam genug erweise, um das deutsche Volk vor weiteren schmerzlichen Enttäuschungen zu bewahren. Den auf dem deutschen Volke lastenden wirtschaftlichen und seelischen Druck auch mit den von ihr allein abhängenden Maßnahmen zu beheben, ist der entschlossene Wille der Reichsregierung. Der Reichspräsident warnte in diesem Zusammenhang in eindringlichen Worten davor, die Gegensätze zu einem Kampf ausarten zu lassen, der das deutsche Volk zerreißen und zur Bildung eines gemeinsamen Willens unfähig macht. Diese wohlüberlegten programmatischen Überlegungen, mit denen die verantwortlichen Führer des Deutschen Reiches bei einem feierlichen Anlaß vor die Weltöffentlichkeit getreten sind, haben Anspruch darauf, überall in ihrer ganzen Bedeutung gewürdigt zu werden.

Das Diplomatische Korps bei Hindenburg

Bei dem Empfang bei dem Reichspräsidenten von Hindenburg brachte der apostolische

Nuntius, Monsignore Orsenigo,

als Doyen des Diplomatischen Korps dessen Glückwünsche in einer Ansprache zum Ausdruck. Der Nuntius erklärte u. a.:

„Die Morgenröte dieses neuen Jahres ist leider nicht ohne Trübung. Millionen von kräftigen und arbeitswilligen Armen sind gezwungen, untätig und unfruchtbar zu bleiben, und die Not breitet überall ihren Trauer Schleier aus. Es hat überall nicht an hochherzigen Versuchen gefehlt, dieser gewaltigen Weltkrise abzuhelfen, und wir beobachten mit großer Genugtuung den Ernst der Gesinnung und die Großherzigkeit der Anstrengungen, mit denen Deutschland, um dem Weltkrisis zu überwinden. Aber die Erfahrung erbringt immer erneut den Beweis, daß ohne die volle und aufrichtige Eintracht der Nationen es nicht möglich ist, eine wirkliche wirtschaftliche Wiedergeburt der Völker herbeizuführen.“

„Hoffen wir, daß auch diese wirtschaftliche Not ein Antriebswerbe, zu neuen ernstgemeinten Versuchen, um diese innige Einigung der Geister und Herzen, diese gegenseitige herzliche Verständigung unter den Nationen zu erreichen, die allein feste Gewähr bietet, für eine gesicherte Freiheit und Ruhe in allen Ländern, und einen tatsächlichen und dauernden Frieden unter den Völkern.“

Reichspräsident von Hindenburg

erklärte in seiner Erwiderung:

„Sie haben auf die schwere wirtschaftliche Krise hingewiesen, unter der heute fast die ganze Welt leidet. Wie Sie, Herr Nuntius, hervor-

haben, hat Deutschland seine äußerste Kraft eingesetzt, um die Grundlagen seiner Existenz zu sichern. Aber unsere Hoffnung auf eine dauernde, wirksame Besserung der Lage ist auch von Umständen abhängig, über die wir nicht allein Herr sind. Mit steigender Spannung erwartet das deutsche Volk, daß die internationale Zusammenarbeit sich im kommenden Jahre als wirksam genug erweist, um das deutsche Volk vor weiteren schmerzlichen Enttäuschungen zu bewahren. Der Ausgleich der starken Interessengegenätze, die allenthalben das politische, wirtschaftliche und soziale Schicksal der Völker bedrohen, kann nicht von den einzelnen Ländern herbeigeführt werden. Zusammenfassung aller politischen Kräfte zur Überwindung der Krise, zur Beseitigung der Hindernisse für den Fortschritt der Menschheit, ist die große Friedensaufgabe, an der Deutschland mitzuwirken entschlossen ist.“

Nächtliche Schießerei

2 Todesopfer

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 2. Januar. In den Morgenstunden des 1. Januar entstand vor dem Hause Hufelandstraße 31 eine politische Schießerei zwischen Angehörigen der NSDAP. und des Reichsbanners, bei welcher zwei Angehörige des Reichsbanners, der Angestellte Willi Schneider und der Bankbeamte Herbert Graf durch mehrere Schüsse getötet wurden. Die Ermittlungen nach den Tätern haben bislang noch zu keinem Ergebnis geführt. Beide sind — tödlich verletzt — nach dem Krankenhaus am Friedrichshain geschafft worden und dort verstorben.

Empfang der Reichsregierung

Um 12,30 Uhr fand der Empfang der Reichsregierung ebenfalls im großen Saale des Reichspräsidentenhauses statt. In Vertretung des beurlaubten Reichszanlers begrüßte namens der erschienenen Reichsminister und Staatssekretäre des Reiches

Reichswehrminister Dr. Groener

den Herrn Reichspräsidenten mit folgender Ansprache:

„Das vergangene Jahr brachte uns die schicksalsschwere Beendigung der Gagar Verhandlungen mit den Abmachungen über den neuen Plan. Wir mühten uns trotz schwerer Bedenken zur Annahme dieser Regelung entschließen, weil sie eine erhebliche Herabsetzung unserer Zahlungen mit sich brachte, weil sie ausländischen Kontrollen über Deutschland beseitigte und endlich, weil sie zur Befreiung des Rheinlandes führte. Seitdem hat sich jedoch in der gesamten Weltwirtschaftslage eine so tiefgehende Wandlung vollzogen, daß die Reichsregierung vor die erste Frage gestellt ist, ob das deutsche Volk die in dem neuen Plan vorgesehenen Lasten zu tragen vermag. Die Reichsregierung ist sich ihrer Pflicht bewußt, dafür zu sorgen, daß die sittlichen und sozialen Lebensgrundlagen des deutschen Volkes nicht erschüttert werden. Ueber die Gegenwart hinaus wird der 1. Juli des vergangenen Jahres in dauernder Erinnerung bleiben. Wenn auch das ardeutsche

Gaargebiet

noch immer auf den Tag der Rückkehr zum Deutschen Reich mit Ungeduld harren muß, so ist auch hier der Abzug der internationalen Bahnhauptgruppen ein Schritt vorwärts auf dem Wege zu seiner endgültigen Heimkehr ins Reich. Die berechtigten Klagen und Beschwerden der

deutschen Minderheiten

haben in unserer Öffentlichkeit einen starken Widerhall gefunden. Die Reichsregierung teilt und würdigt diese Empfindungen und wird in der Sorge für das deutsche Volkstum jenseits unserer Grenzen eine ihrer wichtigsten Aufgaben sehen. Schwer empfindet es das deutsche Volk, daß der Grundlag der Gleichberechtigung, auf die unser Volk einen selbstverständlichen Anspruch hat, noch nicht gewährleistet ist. Noch immer ist die feierlich übernommene

Verpflichtung zur Abrüstung

durch die anderen Mächte nicht in die Wirklichkeit umgesetzt und noch immer muß sich Deutschland in seiner Sicherheit bedroht fühlen. Auch hier wird es Aufgabe der Reichsregierung sein, die ich gerade in meiner Eigenart als Reichswehrminister zu unterstreichen die Pflicht habe, mit allem Nachdruck dafür einzutreten, daß der Grundlag gleicher Sicherheit für alle Völker sich durchsetzt. Innerpolitisch wurden die Arbeiten der Reichsregierung, die in den Notverordnungen des Sommers ihren vorläufigen Abschluß fanden, durch die Neuwahlen zum Reichstag unterbrochen. Nach den Wahlen, deren Anstalt für eine Welt sichtbar den auf dem deutschen Volke lastenden wirtschaftlichen und seelischen Druck zeigte, sind sie mit erneuter Kraft in Angriff genommen und im letzten Monat des vergangenen Jahres einen kräftigen Schritt weitergeführt worden. Dabei lag naturgemäß das Hauptgewicht auf den zur

Milderung der Wirtschaftskrise

getroffenen Maßnahmen, wobei es sich darum handeln mußte, ihre Auswirkungen auf die Landwirtschaft abzuschwächen und die Umstellung der anderen Berufskreise auf die veränderten Wirtschaftsverhältnisse zu fördern.

Die Reichsregierung mußte auf einen Ausgleich der Spannungen innerhalb des Wirtschaftslebens hinarbeiten. Mit besonderem Dank wird es das deutsche Volk anerkennen, daß Sie, hochberehrt Herr Reichspräsident, im vollen Bewußtsein ihrer hohen Verantwortung sich entschlossen haben, die Notverordnungen zu erlassen. Wir hoffen, daß die Auswirkungen dieser Maßnahmen dazu beitragen werden, nicht nur das Staatsgefüge zu festigen, sondern auch der privaten Wirtschaft, die unter den Auswirkungen der Weltkrise besonders schwer leidet, neuen Antriebs zu geben.

Der Reichspräsident

erwiderte darauf u. a.:

„Wenn wir nach alter Sitte heute beim Jahreswechsel im Rückblick und Auschau Rechenschaft ablegen über unser Tun und Wollen, so müssen wir feststellen, daß Not und Sorgen im seltenen Maße das vergangene Jahr erfüllt haben und auch den Ausblick in die deutsche Zukunft trübe verhängen. Von den Wünschen, mit denen wir hier vor einem Jahre diesen Tag begrüßt haben, hat sich nur der eine erfüllt:

Dem besetzten Gebiet ist die langersehnte Freiheit von fremder Besatzung wiedergegeben worden. Wir begrüßen die Räumung der Lande am Rhein als einen Fortschritt auf dem Wege zum wahren Frieden und hoffen, daß bald auch dem Saargebiet der von der gesamten Bevölkerung dort sehnsüchtig gewünschte Tag der Wiederbereinigung mit dem Vaterlande beisehieden sei. Wir gedenken heute in besonderer Herzlichkeit der treuen Saardeutschen, die sich trotz staatlicher Trennung mit uns immer eins fühlen und ungebrochenen Mut auf den Tag der Rückkehr ins Vaterland warten.“

Mit voller Zustimmung entnehme ich aus Ihren Worten, daß die Reichsregierung sich der ersten Lage bewußt ist, wie sie sich infolge der tiefgreifenden Veränderungen in der Weltwirtschaftlichen Verhältnisse seit der Zeit entwickelt hat, als wir uns auf den von Ihnen hervorgerufenen Gründen zur Annahme des neuen Planes entschlossen haben. Auch ich halte es

für die vornehmste Aufgabe der Reichsregierung, sich mit ganzer Kraft dafür einzusetzen, daß die sittlichen und sozialen Lebensgrundlagen des deutschen Volkes nicht erschüttert werden.

Mit Ihnen bin ich ferner der Ansicht, daß die Durchführung der allgemeinen Abrüstung nicht nur ein Gebot internationaler Gerechtigkeit Deutschland gegenüber, sondern auch das sichere Mittel zu einer wirklichen Befriedigung der Welt ist und daher mit allen Kräften angestrebt werden muß. Daß die Reichsregierung sich auch weiterhin die Sorge für das deutsche Volkstum im Ausland und für die Innehaltung internationaler Verträge zum Schutze deutscher Minderheiten als wichtigste außenpolitische Aufgabe stellt, findet meine volle Billigung und Unterstützung.

Den ungewollt feiernden Sünden wieder Beschäftigung schaffen und dem deutschen Landwirt seine Existenzmöglichkeit zu erhalten, wird auf dem Gebiet der inneren Politik unsere erste Aufgabe sein.

Vor einem Jahre habe ich an dieser Stelle der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß der Geist der Einigkeit im deutschen Volke sich festigen und zum Zusammenschluß aller schaffenden Kräfte führen möge. Dieser Wunsch hat sich leider nicht erfüllt. Im Gegenteil will es scheinen, als ob die harte Sorge um das Einzelschicksal den Gedanken

In unserem Neujahrseitartikel „Deutschland an der Jahreswende“ hat der Druckfehler 10 Milliarden Tonnen Kohle auf Halbe liegen lassen; natürlich muß es 10 Millionen Tonnen Kohle heißen.

